Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 47. **Donnerstag** den 16. Februar 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der am 28. Januar laufenden Jahres verstorbene

Kgl. Sächs. Hofrath Rechtsanwalt und Notar
Herr Dr. jur. Hermann Theobald Petschke,
Ehrenbürger der Stadt Leipzig, Comthur II. Classe des Kgl. Sächs. Albrechtsordens,

hat in Seinem am 20. April 1884 errichteten Testamente die Stadtgemeinde Leipzig als Universalerbin Seines nach Abzug einer Anzahl von Vermächtnissen verbleibenden, mehr als 500 000 Mark betragenden Nachlasses eingesetzt und in der in dem Testamente von Ihm ausgesprochenen Absicht, dazu beigetragen, daß das schon jetzt der Stadt zur Ehre und Zierde gereichende Museum allmälig zu immer größerer Bedeutung gelange und in immer höherem Grade die Aufmerksamkeit und Beachtung der gesammten Kunstwelt auf sich ziehe, die Bestimmung getroffen, daß von dem Nachlasse lediglich und ausschließlich hervorragende Kunstwerke der Malerei und Plastik für das städtische Museum angekauft werden.

Bei Ausführung dieser Bestimmung soll dahin gewirkt werden, daß das Museum neben Werken der Renaissance immer mehr und mehr einen möglichst vollständigen Ueberblick der Leistungen der im Gebiete der Malerei und Plastik seit etwa der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bis in die neuste Zeit hervorragendsten Künstler darbiete. In einem Codicille vom 7. März 1885 hat der Verewigte jene Bestimmung noch näher erläutert und verfügt,

daß der Stiftungsfonds hauptsächlich und zum größten Theile auf den Ankauf hervorragender Gemälde und nur höchstens etwa zum fünften Theile zur Erwerbung plastischer Kunstwerke, guter Modelle, Gipsabgüsse oder Originalwerke in Marmor oder anderen Steinsorten verwendet werden soll.

Wir haben beschlossen, diese Erbschaft anzutreten und bringen dies hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, indem wir zugleich unserem aufrichtigsten und herzlichsten Danke gegen den Verstorbenen, welcher schon bei Lebzeiten die Interessen unseres Museums in hervorragender Weise gefördert und insbesondere noch in den letzten Jahren Seines reich gesegneten Lebens der Erweiterung des Museums Seine erfolgreiche Mitwirkung hat angedeihen lassen, hierdurch Ausdruck geben.

Sein Name wird mit der Kunstgeschichte unserer Stadt immerdar eng verbunden bleiben und uns unvergessen sein!

Leipzig, den 15. Februar 1888.

Ia $\frac{909}{220}$

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Die Pflasterung der Hospitalstraße von der Platostraße ab bis zu dem Gerichtswege einschließlich der Straßenkreuzungen, sowie die durch die Regulirung des südwestlichen Trottoirs der Hospitalstraße bedingten Pflasterarbeiten sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Pflasterung der Hospitalstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 25. Februar 1888, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 10. Februar 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.
Ib 516.

Bekanntmachung.

Die Regulirung des südwestlichen Trottoirs der **Hospitalstraße** von der Thalstraße ab bis zum Johannis-Hospitale soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift

Trottoirs der Hospitalstraße

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 25. Februar 1888 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 10. Februar 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig.
Straßenbaudeputation.
Ib. 516.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.

Die Sparcassen-Deputation.

Anger-Crottendorf. Pflasterung betr.

Die Pflasterung der Albertstraße soll in Submission gegen Vorbehalt der Auswahl unter den Submittenten vergeben werden. Blanketts sind im hiesigen Gemeindeamte zu entnehmen, woselbst die Bedingungen einzusehen sind.

Die Kostenanschläge sind bis zum 24. dss. Mts. unter der Aufschrift **„Pflasterung"** versiegelt im Gemeindeamt abzugeben.

Anger-Crottendorf, am 14. Februar 1888.

Der Gemeinderath.
Bernh. Meyer, Gemeinde-Vorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Gesammtlage.

Das Kennzeichen der gegenwärtigen Lage ist die Unsicherheit über die Richtung, welche die zukünftige Entwickelung bringen wird. Man kann sagen, daß die Rede des Reichskanzlers vom 6. Februar die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens gestärkt hat, daß aber bisher nichts geschehen ist, um die bestehende Spannung zu beseitigen. Es sind viele Artikel in den Zeitungen erschienen, welche dem Fürsten Bismarck die höchste Anerkennung für seine Bemühungen um Bewahrung des europäischen Friedens ausgedrückt haben, man hat alle Momente, die sich im friedlichen Sinne verwerthen lassen, sorgfältig gesammelt und alles verschwiegen, was Besorgnisse wecken oder erhalten könnte, aber man hat das unter der Voraussetzung gethan, daß nun endlich etwas von russischer Seite geschehen werde, um die Lage günstiger zu gestalten, was einen Ausweg zeigt aus dem Labyrinth der bulgarischen Frage — vergeblich. Rußland beharrt in seinem Schweigen und überläßt die Entwirrung des Knotens den übrigen Mächten.

Dem Bedauern über diese Stockung alles frisch pulsirenden Lebens giebt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in einem Klagerufe Ausdruck, welcher, an den bekannten Berliner Brief der „Politischen Correspondenz" anknüpfend, den heutigen internationalen Zustand Europas als eine chronische Krankheit bezeichnet. Diese Krankheit erfülle Regierungen und Völker mit der Empfindung eines Unbehagens, das mit bleiernem Schwere auf den Gemüthern laste, ohne daß sich vorläufig absehen ließe, auf welche Weise und durch welche Mittel die Lage wieder normal gestaltet werden könnte. Das halbamtliche Blatt findet das Wesen der gegenwärtigen Lage in dem Kampf, in welchem die unleugbar vorhandene unchristliche Neigung benachbarter Völker mit dem Streben der Friedensfreunde, die zur Vertheidigung dienenden Machtmittel zu verstärken. Das so geschaffene Gleichgewicht zwischen den umstürzenden und den erhaltenden Tendenzen sei kein stabiles, sondern nur ein labiles, das nicht die geringste Aenderung in der Gruppirung der ihm als Stütze dienenden Momente vertrage, sondern höchstens durch behutsame Erleichterung von dem bedrohlichen Druck auf eine gesunde Basis hinüberzuleiten wäre. Nach dieser Schilderung gleicht der europäische Friede einem Kartenhause, das bei der leisesten Bewegung, durch einen Luftzug umgestürzt werden kann. Der heutige Zustand gleicht dem einer Berathung von Aerzten am Lager eines schwer Kranken, deren Kunst an ihrem Ende angelangt ist, welche durch ein lautes Wort die Katastrophe zu beschleunigen fürchten und deshalb regungsloses Schweigen beobachten. Der schwer Kranke ist der europäische Friede, die Aerzte sind die Regierungen der Großmächte.

Es haben dieser Tage Berathungen in Wien zwischen den Vertretern Deutschlands, Rußlands und Oesterreichs stattgefunden, welchen als Zweck die Vorbereitung auf ein von Rußland zu erlassendes Rundschreiben zugeschrieben wird, es wäre das ein erster Anfang zur Besserung der Lage, es kommt aber darauf an, welcher Art die russischen Vorschläge sind und ob sie auf Annahme seitens Oesterreichs zu rechnen haben. Zur Charakterisirung der Sachlage in Bulgarien dient die kürzlich aufgeworfene Frage, ob der Einmarsch russischer Truppen in Bulgarien als Angriff Oesterreichs zu erachten sei. Die „Kölnische Zeitung" hat diese Frage verneint, und damit nur dieselbe Antwort ertheilt, welche wir schon vor acht Tagen an dieser Stelle gegeben haben, aber damit ist wenig gethan, es kommt vielmehr darauf an, welche Folgen die Besetzung Bulgariens durch Rußland haben würde. Ein Protest Oesterreichs, Englands, Italiens, der Türkei und der Bulgarien benachbarten Balkanstaaten wäre das Mindeste, und daß sich daraus allmälig der Krieg entwickeln würde, weil die Besetzung Bulgariens nur als der erste Schritt zur Wiederaufrollung der orientalischen Frage gedeutet werden könnte, erscheint ganz unzweifelhaft. Diese Besetzung ist der gewaltsame Schritt, welchen die Rede des Fürsten Bismarck als unzulässig bezeichnet hat, der thatsächliche Zustand, welcher sich nach dem Staatsstreich vom 18. September 1885 in Bulgarien herausgebildet hat, kann nur auf diplomatischem Wege beseitigt werden; an eine solche Möglichkeit scheinen aber Rußland und mehrere andere Großmächte nicht zu glauben. Das also ist der bedenkliche Punct, an welchem alle Bemühungen, zu einem Einverständniß zu gelangen, scheitern, es bleibt nur übrig, daß Rußland auf die Ausführung seiner Pläne auf der Balkanhalbinsel Verzicht leistet, oder sie auf unbestimmte Zeit vertagt. Das Letztere wäre ein Palliativmittel, welches den bis an die Zähne bewaffneten Frieden verlängern und eine wirkliche Gesundung der Verhältnisse nicht bringen würde, aber ein Aufgeben der russischen Pläne auf der Balkanhalbinsel liegt gänzlich außerhalb der Wahrscheinlichkeit.

Die Blicke wenden sich naturgemäß von Rußland nach Frankreich. Dort hat am 13. Februar eine die Lage grell beleuchtende Abstimmung stattgefunden. Der von der Regierung geforderte Credit von 20 Millionen für Tonkin wurde mit Stimmengleichheit, nämlich mit 256 gegen 256 Stimmen abgelehnt und schließlich nur durch Abstrich von 200 000 Frcs. eine Umwandlung des Votums im Sinne der Genehmigung erreicht, aber nur mit 8 Stimmen Mehrheit. Minister Tirard hatte diese Aenderung durch die Frage eingeleitet, ob die Kammer die Zurückziehung der Truppen aus Tonkin wünsche. Das Ergebniß der zweiten Abstimmung zeigt, daß dies in der That die Meinung derer war, welche den Credit ablehnten, und das rechtfertigt wiederum den Schluß, daß die Hälfte der französischen Volksvertretung die in Tonkin stehenden Truppen für ernstere Zwecke in Bereitschaft halten will. Auch die Absicht des Kriegsministers Logerot, die fünf für den Kriegsfall vorgesehenen Armeebefehlshaber schon im Frieden zu bezeichnen und als dauernde Einrichtung in die französische Armeeorganisation einzufügen, kann gewiß nicht in friedlichem Sinne gedeutet werden. Dadurch wird freilich in der offenbar friedlichen Haltung der französischen Regierung keine Aenderung herbeigeführt, aber es wird das Streben zu erkennen gegeben, die „Erbereitschaft" der Armee zu erreichen. Um das Bild, welches Frankreich gegenwärtig gewährt, abzuschließen, sei noch erwähnt, daß Baron Mohrenheim, der russische Botschafter in Paris, am Montag mit dem Präsidenten der Republik der Gast des Kammerpräsidenten Floquet war, daß also die Regierungsfähigkeit dieses von Rußland bislang beanstandeten Herrn nunmehr endgültig festgestellt ist. Als Ergänzung möge endlich noch der Rede gedacht werden, welche der Minister des Auswärtigen Fleurens neulich in Briançon gehalten hat und in welcher er diesen Ort im Departement Hautes Alpes einen vorgeschobenen Posten Frankreichs nennt, mit dessen militairischer Verstärkung er sich als Patriot und Franzose bereits beschäftigt habe und derselben fortdauernd seine Aufmerksamkeit zuwende.

Auf der Balkanhalbinsel selbst herrscht große Regsamkeit, und Regierung und Volk bereiten sich mit Eifer auf die Zeit des Kampfes vor. Es schien einen Augenblick, als sollte das gute Einvernehmen zwischen der Türkei und Bulgarien hergestellt werden, weil jene beschlossen hatte, den durch den Berliner Vertrag vorgesehenen Vertreter nach Sofia zu senden. Aber der russische Botschafter hat dagegen Widerspruch erhoben, und in Folge dessen unterbleibt die Sendung. Es ist außerdem von Rußland die Auslieferung der bei der letzten Friedensstörung in Burgas gefangenen Montenegriner verlangt, dagegen aber mit vollem Recht geltend gemacht worden, daß dann auch die noch in russischer Gewalt befindlichen Bulgaren ausgeliefert werden müßten. Die bulgarische Regierung hat den Verzicht der Türkei, den schon bestimmten Vertreter nach Sofia zu senden, dahin ausgelegt, daß Bulgarien dadurch von der suzerainen Macht unabhängig werde, und es ist nicht zu verkennen, daß für diese Schlußfolgerung gewichtige Gründe sprechen. Aber eine andere Frage ist es, ob Bulgarien gut thut, diese Schlußfolgerungen zu ziehen, wahrscheinlich wird sich die Regierung auch noch besinnen, bevor sie zur Unabhängigkeitserklärung schreitet. Der Sache Bulgariens abträglich ist die Auffassung der deutschen Regierung von der bulgarischen Frage. Danach ist Bulgarien kein Machtfactor, wegen dessen es sich lohnte, einen europäischen Krieg zu entzünden. Demgemäß wird Bulgarien wohl thun, sich aller radicalen Maßregeln zu enthalten und die Entwickelung der Dinge ruhig abzuwarten. An moralischer Unterstützung gegen russische Gewaltmaßregeln fehlt es Bulgarien in Europa nicht, um so mehr ist ihm unbedingte Zurückhaltung und ruhiges Abwarten anzuempfehlen. Die Vergangenheit Bulgariens rechtfertigt das Vertrauen auf eine möglichst gute Zukunft. *

Leipzig, 16. Februar 1888.

* Dem **Bundesrath** sind zwei am 20. September, bezw. 12. December v. J. zu Guatemala unterzeichnete Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Consular-Verträge zwischen dem deutschen Reich und den Freistaaten Guatemala und Honduras zur Beschlußnahme vorgelegt.

* Der **Kriegerverein** in Greiz hatte, wie schon kurz gemeldet, an die hohe fürstliche Landesregierung unterm 24. November 1887 folgendes Gesuch gerichtet:

„Um die verstorbenen Kameraden zu ehren und denselben die gebräuchlichen militairischen Honneurs erweisen zu können, hat der gehorsamst unterzeichnete Kriegerverein, die Genehmigung hoher fürstlicher Landesregierung vorausgesetzt, beschlossen: eine Gewehr-Section in Stärke bis zu 12 Mann aus den Vereinsmitgliedern zu bilden, welche am Grabe derjenigen Kameraden, die vor dem Feinde gestanden, die beim Militair üblichen 3 Salven abgeben, den Nichtcombattanten aber durch Präsentiren die letzte militairische Ehrenbezeugung erweisen sollen. Der unterzeichnete Verein richtet daher an hohe fürstliche Landesregierung die gehorsamste Bitte, die Genehmigung zur Bildung dieser Section und zur jedesmaligen Abgabe der Salven zu ertheilen."

Darauf erfolgte folgender Bescheid:

Abschrift. „Dem Vorstande des Kriegervereins zu Greiz wird auf das unterm 24./25. November vor. Js. anher gerichtete, die Bildung einer Gewehrsection betreffende Gesuch hiermit eröffnet, daß diesem Gesuche in Folge eingeholter höchster Entschließung Seiner hochfürstlichen Durchlaucht des Fürsten nicht entsprochen werden kann. Greiz, am 17. Januar 1888. Fürstlich Reuß-Plauische Landes-Regierung."

Der **Kriegerverein** hat nun folgendes anderweite Gesuch eingereicht, worauf der Bescheid noch aussteht.

Abschrift zu Nr. 5568. An hohe Fürstliche Landesregierung hier. Bezugnehmend auf das hohe Regierungsreskript vom 17./27. Januar ds. Js. gestattet sich der ehrerbietigst unterzeichnete Vorstand des Krieger-Vereins zu Greiz nochmals die gehorsamste Bitte: „bei der Beerdigung von verstorbenen Kameraden die drei üblichen Ehrensalven abgeben zu dürfen", zu wiederholen und glaubt der Gewährung dieser Bitte um so mehr versichert zu sein, als nicht nur allen anderen Kriegervereinen des Deutschen Reiches diese Erlaubniß ertheilt worden, sondern auch dem Militairverein zu Zschopau die gleiche Genehmigung nicht versagt worden ist. Einer hohen Fürstlichen Landesregierung gehorsamste Der Vorstand des Krieger-Vereins zu Greiz.

* In den letzten Tagen brachten einige Berliner Blätter die Nachricht, daß der General-Quartiermeister **Graf Waldersee** für den Fall eines Krieges der verbündeten Mächte als **Chef des Generalstabes des österreichisch-ungarischen Heeres** bezeichnet sei und schon an den vor einigen Wochen in Wien unter Vorsitz des Kaisers **Franz Joseph** stattgefundenen militairischen Berathungen theilgenommen habe. Wenn diese Nachrichten auch bald darauf widerrufen wurden, so war man in militairischen Kreisen **Berlins** doch darüber sehr erstaunt, daß derartige, sachlich so unmögliche Behauptungen überhaupt Eingang in die Presse finden konnten. Der Reichskanzler hat in seiner großen Rede ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch das abgeschlossene Bündniß die inneren Interessen der Reiche der beiden Verbündeten nicht berührt werden. Zu den eigensten Interessen eines Staates ist doch aber wohl ganz sicherlich die Führung seines Volkes und damit auch seines Heeres zu rechnen. Der Generalstab des österreichisch-ungarischen Heeres gehört — dies ist in der ganzen Welt sattsam bekannt — zu den besten militairischen Einrichtungen desselben. Seine Officiere haben sich auf allen Gebieten militairischer Thätigkeit sowohl im praktischen Dienst, was die jährlichen Manöver bezeugen, als auch in der Militair-Literatur und Kartographie hervorgethan. Ist somit für die Entsendung eines preußischen Officiers als Generalstabs-Chef weder eine Berechtigung, noch eine Nothwendigkeit vorhanden, so ist es völlig unhaltbar, von der Theilnahme irgend eines Officiers an Berathungen zu sprechen, welche im Frieden immer nur rein österreichisch-ungarische Angelegenheiten behandeln können. Sollte nämlich wirklich einmal eine gemeinschaftliche Kriegführung nöthig werden, so kann doch kein Mensch schon jetzt die militairischen Verhältnisse voraussehen, unter denen diese Möglichkeit dann eintritt. Diese Verhältnisse hängen bekanntlich wesentlich von den Anordnungen des Gegners ab, sind daher zunächst unbestimmbar und schließen somit vorherige Verhandlungen selbstverständlich aus.

* Die **Rüstungen Rußlands** in den Häfen des **Schwarzen Meeres** beginnen, wie man der „Neuen Freien Presse" aus Konstantinopel schreibt, die Aufmerksamkeit der Pforte in Anspruch zu nehmen.

* Zu dem Thema der Regelung der **bulgarischen Frage** wird der „Kölnischen Zeitung" aus **Berlin** geschrieben:

Seitdem **Graf Schuwalow** aus Petersburg zurückgekehrt ist und eingehende Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssecretair des Auswärtigen Amtes gehabt hat, ist man in hiesigen diplomatischen Kreisen vor allem darauf gespannt, zu hören, wie weit Rußland sich nunmehr entschlossen hat, mit seinen eigenen Vorschlägen zur Lösung der bulgarischen Frage hervorzukommen. Fürst Bismarck hat am 6. Februar ausdrücklich erklärt, sobald Rußland den Wunsch aussprechen, werde er die diplomatischen Schritte, welche Rußland eben thun kann, um seinen Einfluß auf Bulgarien wieder zu gewinnen, insbesondere also die russischen Schritte zur Herstellung der vertragsmäßigen Lage in Bulgarien beim Sultan mit Bereitwilligkeit diplomatisch zu unterstützen. Er betonte dabei, daß die deutsche Regierung nicht mehr wie früher bemüht sein werde, russische Wünsche auf vertrauliche Andeutungen hin zu erfüllen, ihnen gewissermaßen in der Erfüllung vorauszueilen, sondern daß sie das Aussprechen bestimmter Wünsche abwarten werde. Das ist um so bedeutungsvoller, als in der That die bisherigen Wünsche, soweit sie überhaupt aus der russischen Presse und den gelegentlichen Aeußerungen gewisser russischen Diplomaten erkennbar waren, weit weniger auf die Lösung der bulgarischen Frage im russischen Sinne als auf Stiftung von Unfrieden und Zwietracht zwischen den drei verbündeten Mächten abzielten. Aus den jüngsten Veröffentlichungen über das österreichisch-italienische Bündniß geht hervor, daß die beiden Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Italien sich verpflichtet haben, in der bulgarischen Frage nur gemeinsam verabredete Schritte zu unternehmen. Rußlands Aufgabe muß es also zunächst sein, einen Boden zu finden, der unter Berücksichtigung des vom Berliner Congreß geschaffenen vertragsmäßigen Zustandes es **Oesterreich und Italien** möglich macht, in eine neue Lösung der bulgarischen Frage einzuwilligen. Die nächsten Tage werden vielleicht verrathen, ob die neuen russischen Vorschläge, die Graf Schuwalow nach Berlin überbracht haben wird und die im Voraus der deutschen diplomatischen Unterstützung so lange sicher sein können, als sie sich im Rahmen des Berliner Vertrages bewegen, geeignet erscheinen können, die bulgarische Frage wenigstens um einige Schritte der Lösung näher zu rücken.

* Der König der **Belgier** hat den wegen der Unruhen von 1886 verurtheilten Arbeiterführern den Rest der Gefängnißstrafe in Gnaden erlassen. — Zwischen der **belgischen** Regierung und dem **französischen** Gesandten am Brüsseler Hofe ist dieser Tage nach langwierigen Verhandlungen eine Convention abgeschlossen worden, durch welche die Ableistung des Militairdienstes in beiden Ländern seitens der jungen Leute, welche in den Grenzbezirken wohnen, geregelt wird. Sehr häufig hat sich nämlich die Schwierigkeit ergeben, die Herkunft und Familie dieser Heerespflichtigen festzustellen, so daß sie oft in einem Lande zur Armee herangezogen wurden, während sie in dem anderen, in dem sie hätten dienen müssen, frei blieben. Zahlreiche Conflicte und gerichtliche Bestrafungen der Betheiligten ergaben sich aus diesen Mißständen, denen jetzt abgeholfen worden ist. Es wohnen über 300 000 Belgier in Nord-Frankreich und ebenso viele Franzosen in den belgischen Süd-Provinzen.

* Die „Berliner Politischen Nachrichten" bemerken zu den **deutsch-französischen Beziehungen**:

Die Imponderabilientheorie des Reichskanzlers scheint gewissen Leuten jenseits der deutschen Westgrenze äußerst unerlegen gekommen zu sein. Man hatte es bequem gefunden, Deutschland und die deutschen Rüstungen als Quelle alles europäischen Ungemachs, insbesondere alles französischen Ungemachs, hinzustellen; man hatte dem Volke vorgeredet, Frankreichs Aufgabe werde darin bestehen, der Sache der immanenten historischen Gerechtigkeit über das durch Deutschland vertretene Princip der brutalen Gewalt zum Triumphe zu verhelfen, und nun verkündet derjenige Staatsmann, dessen Wort in dem entferntesten Erdwinkel gehört wird, einen Grundsatz, den die französischen Politiker leugnen müßten, wenn sie reine Sache hätten, und doch nicht leugnen können, weil sie sonst ihrer ganzen Behandlungsweise internationaler Dinge den Stempel der Absolutität und des blindwüthigsten Deutschenhasses aufprägen würden. Aus diesem Dilemma suchen sich die brutalen Instincten huldigenden Agitatoren der Patriotenliga, an ihrer Spitze Freund Derouléde, durch einen Schwall von Schimpfreden und Lügen zu ziehen, in welchem Geschäft sie sich nur durch den gegenseitigen Austausch krampfhafter Händedrücke mit den panslawistischen Hetzern an der Newa unterbrechen lassen. Ihre Leistungen sind auf den gemeinen Straßenpöbel berechnet und sind auch von der gewöhnlichen Wirkung begleitet. Einer andern Methode, sich mit der Bismarck'schen Imponderabilientheorie auseinanderzusetzen, bedient sich der die Strömungen in den gouvernementalen Kreisen widerspiegelnde „Temps", indem er dem deutschen Reichskanzler wegen Aufstellung der bereits begründeten Lobsprüche ertheilt, aber nur, um Consequenzen daraus abzuleiten, welche den Leser in der vorgefaßten Meinung, daß aus Deutschland nichts für Frankreich Erfreuliches kommen könne, noch bestärken müssen. Der „Temps" theilt den bezüglichen Passus der Kanzlerrede in wortgetreuer Uebersetzung mit. Weshalb? „Weil — sagt er — man es hier begreiflicherweise mit etwas Anderem als bloßen Erklärungen zu thun hat." Der „Temps" zweifelt nicht an der Aufrichtigkeit des deutschen Staatsmannes, meint aber, trotzdem werde er Niemanden überzeugen, weil solche Erklärungen noch jederzeit als Deckmantel für andere Intentionen gedient hätten. Was der „Temps" weiter ausführt, läuft nur auf ein Spiel mit Worten hinaus; die Unmöglichkeit aber, vom französischen Standpuncte aus sich in das wahre Wesen der deutschen Politik, in die wahre Seele des deutschen Volkes zu versetzen, kann kaum treffender dargelegt werden, als der „Temps" es thut, wenn er sagt:

„Seit fünfzehn Jahren will der Kanzler den Frieden, und er strebt nichts eifriger, als dessen Aufrechterhaltung, weil der Friede gleichbedeutend ist mit der Beibehaltung des territorialen status quo in Europa, und weil Deutschland kein größeres Interesse hat, als die Sicherstellung eines märchenhaften Glückes. Diese vergleichsweise, diese interessirte Mäßigung, diese Mäßigung des Spielers, der mit seinem Gewinn den Spieltisch verläßt, ist etwas so Seltenes, daß es Herrn v. Bismarck nie hat glücken wollen, das Publicum von seiner Aufrichtigkeit zu überzeugen. Reden, Betheuerungen haben nichts geholfen; man kann sich nicht überzeugen, daß beträchtliche militairische Kräfte einzig zur Festhaltung der eroberten Beute dienen sollen.

Den Franzosen ist es freilich stets unfaßbar gewesen und wird es immer unfaßbar bleiben, daß eine militairisch starke Nation von Herzen friedliebend sein kann. Die Offenherzigkeit des „Temps" zeigt, wie Frankreich handeln würde, wenn es an Deutschlands Stelle wäre, und zeigt auch, weshalb der Zug der französischen Politik unter allen Umständen gegen ein unerfreuliches, aber starkes Deutschland gehen muß. Denn so lange ein starkes Deutschland existirt, muß Frankreich seine unchristliche Neigung zu Ueberfällen benachbarter Völker nothgedrungen im Raume halten, und empfindet dieses seinem Nationalchauvinismus auferlegten Zwang als eine Beleidigung, ein Unrecht, daß seinen ganzen Haß gegen die Ursache dieses Zustandes, also gegen Deutschland heraufbeschwört. In diesem volkspsychologischen Moment liegt unseres Erachtens die schlagendste Rechtfertigung aller unserer militairischen Vorkehrungen unserer Zeit.

* In **Italien** hat das Ministerium Crispi seine erste **theilweise Ministerkrisis** durchzumachen. Der Unterrichtsminister **Coppino** hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, weil der Senat einen von ihm eingebrachten Gesetzentwurf über den